

Schwierige Neupositionierung des Militärs in Tunesien, Ägypten und Libyen

Hanspeter Mattes

Der ägyptische Präsident Mursi plädierte Anfang Mai 2013 für eine stärkere „Integration“ von Staat und Armee. Im Februar 2013 verlangte Libyens Großmufti Al-Ghariani, dass die primäre Loyalität der Streitkräfte nicht dem Staat, sondern Gott gelten müsse, und in Tunesien ist die Armee seit Jahresanfang 2013 im Grenzgebiet zu Algerien in Kämpfe mit bewaffneten Islamisten verwickelt. Solche Herausforderungen hatte es für das Militär unter den 2011 gestürzten Regimen nicht gegeben.

Analyse

Nach dem Ausbruch der Proteste in Nordafrika 2010/2011 war das Verhalten der Streitkräfte entscheidend dafür, ob ein schneller Machtwechsel (Tunesien, Ägypten) stattfinden oder ein Bürgerkrieg (Libyen) ausbrechen würde. Auch nach den Umstürzen ging das Militär bei der Neugestaltung der zivilmilitärischen Beziehungen unterschiedliche Wege. Generell blieb offen, wofür es sich in der anhaltend instabilen Transformationsphase entscheiden wird: für politische Neutralität/Passivität oder für ein aktives Eingreifen zugunsten von einem der zahlreichen neuen Akteure.

- Vor 2011 bestand die Hauptaufgabe der Streitkräfte in der Sicherung der staatlichen Souveränität, während die Regimesicherung primär anderen Organen oblag – in Libyen den Revolutionskomitees, in Tunesien und Ägypten den Staatssicherheitsbehörden.
- In Tunesien ist das Militär seit dem Sturz von Präsident Ben Ali mit internen Sicherheitsaufgaben befasst; in der zunehmend gewaltförmigen Polarisierung zwischen Islamisten und Säkularen verhält es sich bislang politisch neutral.
- In Ägypten bewahrte das Militär nach dem Sturz von Präsident Mubarak seine zentrale Rolle als politische Vetomacht und Wirtschaftsfaktor. Die Interessen des Militärs wurden vom neuen islamistischen Präsidenten nicht angetastet. Die Armeeführung ignorierte umgekehrt Aufrufe der Opposition zur Entmachtung der Islamisten.
- In Libyen wird die Sicherheitspolitik von bewaffneten Milizen und nicht von der im Aufbau befindlichen neuen Armee bestimmt. Diese ist zu schwach, um die von der Regierung angestrebte Demobilisierung der Milizen durchzusetzen.

Schlagwörter: Militär, politischer Konflikt, Ägypten, Libyen, Tunesien

Militär und Politik vor 2011

Die zivilmilitärischen Beziehungen der nordafrikanischen und nahöstlichen Staaten sind Spiegel der jeweiligen Gesellschaften sowie der realen Machtverhältnisse. Trotz aller Unterschiede im Detail sind einige Gemeinsamkeiten feststellbar:

Erfolgreiche Militärputsche und Putschversuche sind seit den 1970er Jahren selten geworden.

Die etablierten Regime erwiesen sich in den meisten Fällen als stabil und langlebig, weil sie sich auf die Loyalität des Militärs verlassen konnten.

Das Militär genoss bestimmte Privilegien und verhielt sich deshalb gegenüber der Staatsführung loyal. Gleichzeitig sicherten sich die Staatsoberhäupter gegenüber dem Militär und anderen Sicherheitsorganen durch ihnen direkt unterstehende Sicherheitsapparate oder durch die Besetzung von Führungspositionen mit Mitgliedern der eigenen Familie bzw. des eigenen Stammes ab.

Das Militär konzentrierte sich weitgehend auf die Verteidigungsfunktion nach Außen und die Professionalisierung ihrer eigenen Institutionen.

Die Beziehungen zwischen Militär und Politik waren so gestaltet, dass formal von einer Unterordnung des Militärs unter die Politik (den Staatsoberhäupter, die staatstragende Partei) gesprochen werden konnte. Dies galt sowohl für Tunesien und Ägypten als auch für Libyen. Der Handlungs- und Entscheidungsspielraum des Militärs als Institution variierte allerdings stark. In Tunesien und Libyen war er gering, während das ägyptische Militär seit der Machtübernahme der Freien Offiziere unter Gamal Abdel Nasser 1952 über weitreichende Autonomie verfügte und bis heute eng mit der Politik verflochten ist (Sayigh 2012).

Insgesamt war in Tunesien, Libyen und Ägypten der Sicherheitssektor stark ausdifferenziert. Die Bezeichnung „Sekuritanzsystem“ oder „Securitocracy“ (Droz-Vincent 2012) ist angesichts der zentralen Rolle, die den militärischen, polizeilichen und direkt dem Staatsoberhaupt unterstehenden Sicherheitsorganen zukam, durchaus zutreffend. Allerdings waren keine Militärregime im engeren Sinn etabliert worden, obwohl Hosni Mubarak, Zine El Abidine Ben Ali und der libysche Revolutionsführer Muammar al-Qaddafi einen militärischen Hintergrund hatten.

Die Staatsoberhäupter waren (und sind) bemüht, die Putschneigung und -fähigkeit des Militärs einzudämmen. Dazu gewährten sie dem Militär umfangreiche Privilegien und griffen strukturell

in die Zusammensetzung des Offizierskorps ein. Außerdem gründeten sie spezialisierte und gut ausgerüstete Sicherheitsorgane, u.a. zur Niederschlagung von Unruhen (Daguzan 2013). Auf Seiten der Militärführung wuchs selbst in Staaten wie Algerien, in denen bis Ende der 1980er Jahre eine enge Verflechtung von Militär und Politik bestand, die Bereitschaft, sich aus der Alltagspolitik Schritt für Schritt zurück zu ziehen.¹ Risa Brooks warnte allerdings bereits 1998 davor, das bis dato erfolgreiche Management der politisch-militärischen Beziehungen im Sinne der Regimestabilität in Nordafrika und Nahost als langfristig tragfähig zu erachten. Die politischen Ereignisse des Jahres 2011 zeigten in einigen Staaten eindrucksvoll die Grenzen dieser politisch-militärischen Arrangements auf.

Das Militär und die Proteste der Bevölkerung 2011

Im Januar 2011 kam es – ausgehend von Tunesien – zu sozialen und politischen Protesten, die fast alle Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens ergriffen und in Transformations- und Reformprozesse unterschiedlicher Reichweite mündeten. Für die amtierenden Staatsoberhäupter und das Militär waren diese Proteste ein „Stresstest“ (Droz-Vincent 2012: 137). Nicht in allen Staaten konnte die jeweilige Staatsoberhäupter die Proteste durch sozioökonomische, politische und sicherheitspolitische Maßnahmen eingrenzen. Allerdings kam es in den drei nordafrikanischen Staaten, die einen Regimewechsel erlebten, nur in Libyen zur völligen Auflösung des gesamten Sicherheitsapparates. In Tunesien und Ägypten konnte das Militär seine institutionelle Integrität bewahren (Lutterbeck 2013). Dennoch steht das Militär auch in diesen beiden Staaten vor einer Neubestimmung seiner Rolle im Staat, zumal die ordnungspolitischen Resultate der Transformationsprozesse im ersten Halbjahr 2013 immer noch offen und Gegenstand von teils gewaltsamen innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen sind. Im vorherrschenden Klima der Unsicherheit und der unklaren Perspektiven rückt in Tunesien und Ägypten das Militär, das 2011 die Anliegen der Protestierenden unterstützte, neuerlich als Machtfaktor ins Blickfeld der politischen Akteure.² In Libyen wird den Streitkräften von der neuen Führung zwar prinzipiell eine zen-

1 Vgl. Bourrat (2012a: 21-38).

2 Vgl. *Aswat Masriya*, Egypt Demonstrators in Tahrir Demand Army Intervention, 22. Februar 2013.

trale Rolle bei der Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols zugestanden; die neue libysche Armee kann diese jedoch wegen ihres immer noch marginalen Umfangs höchstens mittelfristig übernehmen.

Die drei Staaten unterscheiden sich hinsichtlich der Rolle des Militärs bei den Machtwechseln. In der nachfolgenden Transformationsphase sind jedoch einige Gemeinsamkeiten festzustellen wie der Aufschwung der Islamisten, die eine Islamisierung von Staat und Gesellschaft fordern, so dass das Schlagwort vom „Islamischen Frühling“ die Runde macht. Seit den Wahlerfolgen islamistischer Parteien kam es zudem zunehmend zu Konflikten zwischen Islamisten und politisch wie religiös Andersdenkenden. In der anhaltenden Protestdynamik geht es dabei auch um die künftige Verteilung von Macht und Ressourcen.

Die negativen Auswirkungen dieser Entwicklungen auf die Sicherheitslage, die Institutionenbildung, das effektive Staatshandeln, die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und damit die soziale Lage der Bevölkerung sind in allen drei Staaten gravierend. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie sich das Militär verhalten wird.

Phase 1: Vom Ausbruch der Proteste bis zum Machtwechsel

Tunesien: Am 17. Dezember 2010 kam es in der Kreisstadt Sidi Bouzid im Landesinnern Tunesiens zu einer Auseinandersetzung zwischen der Marktpolizei und einem arbeitslosen Hochschulabsolventen, der sich daraufhin mit Benzin übergoss und anzündete. Bei den zunächst lokalen Solidaritätsdemonstrationen, die auf die Selbstverbrennung und im Anschluss an die Beerdigung des jungen Mannes am 5. Januar 2011 folgten, griff die Polizei scharf durch. Eine Wende nahmen die Demonstrationen ab 7. Januar 2011, als Scharfschützen der polizeilichen Spezialtruppen gegen Demonstranten vorgingen und es dabei zahlreiche Tote gab. Der landesweite Protest richtete sich fortan direkt gegen den Präsidenten; die Demonstranten forderten ab 11. Januar 2011, der Präsident solle „verschwinden“. Am 11. Januar 2011 nahm die Armee in Tunis und den Vororten Aufstellung. Die Ankündigung des Präsidenten am Abend des 13. Januar 2011, dass ab sofort nicht mehr auf Demonstranten geschossen werde und er 2014 nicht mehr für die Präsidentschaft kandidieren wolle, führte jedoch nicht zur erhofften Beendigung der Proteste. Für

den 14. Januar 2011 hatte der mobilisierungskräftige Gewerkschaftsverband UGTT zu einem Generalstreik aufgerufen, der massiv befolgt wurde. Die Armee zog sich von den Plätzen, auf denen demonstriert wurde, zurück und signalisierte damit, dass sie sich nicht gegen die Demonstranten wenden werde. Am Abend des 14. Januar 2011 gab der amtierende Premierminister Ghannouchi die Ausreise des Präsidenten und die Auflösung der Regierung bekannt. Zugleich kündigte er an, bis zu Neuwahlen die Amtsgeschäfte zu leiten. Eine Ausgangssperre wurde verhängt und das Militär sicherte die neuralgischen Punkte im Land. Dennoch hielt sich die Militärführung im Hintergrund, obwohl General Rachid Ammar, der Befehlshaber der Landstreitkräfte, durch seine Weigerung, mit den polizeilichen Truppen zusammen zu arbeiten und den Schießbefehl zu befolgen, maßgeblich die Ereignisse mitbestimmt hatte. Die Aufkündigung der Loyalität der Streitkräfte gegenüber dem Staatspräsidenten als verfassungsgemäßem Oberbefehlshaber der Streitkräfte führte das Ende der Präsidentschaft Ben Alis und der staatstragenden Partei RCD herbei.

Ägypten: Die seit dem 25. Januar 2011 organisierten „Tage des Zorns“ richteten sich direkt gegen Präsident Mubarak und die staatstragende Nationaldemokratische Partei (NDP). Die Ankündigung von Reformen am 28. Januar 2011 und die Einsetzung einer neuen Regierung am 29. Januar 2011 stellten die Demonstranten jedoch nicht zufrieden, da auch die neue Regierung aus der alten NDP-Garde gebildet worden war; der am 31. Januar 2011 eingesetzte Premierminister Ahmad Shafik war ein ehemaliger Offizier und enger Vertrauter des Präsidenten, und der bisherige Geheimdienstchef Omar Sulaiman sollte den unter Mubarak erstmals besetzten Posten des Vizepräsidenten einnehmen. Die Polizei hatte Schießbefehl und ging wie die Schlägertrupps des Regimes äußerst repressiv gegen die Demonstranten vor. Gleich zu Beginn der Proteste forderten die USA die ägyptische Regierung zu grundlegenden Reformen und zum Verzicht auf Gewalt gegen die Demonstranten auf. Der Sprecher des US-Präsidenten, Gibbs, erinnerte am 28. Januar 2011 an die US-amerikanische Militär- und Wirtschaftshilfe für Ägypten (1,3 Mrd. bzw. 250 Mio. USD im Jahr 2010), die gegebenenfalls neu überdacht werden müsse. Am 31. Januar 2011 bezog die ägyptische Militärführung erstmals dezidiert Stellung zugunsten der Demonstranten. Ihr Sprecher erkannte die Forde-

rungen der Bevölkerung als legitim an. Gleichzeitig verkündete er, die Armee werde zum Schutz der Bürger auf den Straßen sein, aber keine Gewalt gegen das Volk einsetzen.³ Mit dem Kommuniqué Nummer 1 gab die Militärführung am 10. Februar 2011 bekannt, die Nation schützen und die Wünsche des Volkes respektieren zu wollen. Die Militärführung sah im Rücktritt Mubaraks den einzig möglichen Schritt zur inneren Befriedung und zur Sicherung des eigenen Einflusses. Sie entzog folglich Mubarak ihre Loyalität, der sich daraufhin am 11. Februar 2011 gezwungen sah, zurückzutreten. Im April 2013 drangen neue Erkenntnisse über das Verhalten des Militärs in den Tagen bis zum Rücktritt des Präsidenten an die Öffentlichkeit. Demnach hatte es sich nicht – wie behauptet – neutral verhalten, sondern war bis zum 10. Februar 2011 an der Niederschlagung der Proteste beteiligt.⁴

Libyen: In Libyen war – analog zu Ägypten – der 17. Februar 2011 als „Tag des Zorns“ ausgerufen worden. Hierzu hatten Familienangehörige von Jahre zuvor ermordeter, überwiegend islamistischer Regimegegner aufgerufen. Rechtsanwälte und Menschenrechtsaktivisten schlossen sich den vor allem in der Cyrenaika organisierten Protesten gegen das Qaddafi-Regime an. Auf die Proteste und Anti-Qaddafi-Parolen reagierte das Regime sofort mit harter Repression. Es gab allein in Bengasi mehrere Dutzend zivile Opfer, was zur weiteren Mobilisierung der Opposition und zur schnellen Ausweitung der Proteste beitrug. Binnen zwei Tagen wurden die gesamte Cyrenaika und Teile von Tripolitanien von der Protestwelle erfasst. Die libysche Militärführung solidarisierte sich jedoch nicht in ähnlicher Weise wie in Tunesien und Ägypten mit den Protestierenden, so dass das Qaddafi-Regime zunächst alle zur Verfügung stehenden bewaffneten Kräfte gegen die Protestierenden einsetzen konnte. Es waren zunächst nur einzelne Offiziere wie der damalige Innenminister, Generalmajor Abd al-Fattah Yunis, die seit Beginn der Proteste das Militär aufforderten, sich dem Volk und seinen legitimen Forderungen anzuschließen. In Ostlibyen desertierten daraufhin rund 8.000 Soldaten aller Mannschaftsgrade. Mit dem Fortschreiten und der Ausweitung der Kampfhandlungen nach Westlibyen kam es zu weiteren Desertio-

nen, so dass die libysche Armee nach vier Monaten Bürgerkrieg von rund 51.000 Mann auf schätzungsweise 10.000-20.000 Mann geschrumpft war (Gaub 2013: 15). Je klarer sich der Fall des Qaddafi-Regimes abzeichnete, desto mehr Desertionen gab es. Bis zum Fall der Hauptstadt Tripolis am 20. August 2011 sammelten sich die loyalen Regimeunterstützer vor allem in der von Qaddafis Sohn Khamis befehligten 32. Armeebrigade, die sich überwiegend aus dem Qadadfa-Stamm rekrutierte. Nach der Eroberung von Sirte und dem Tode Qaddafis am 20. Oktober 2011 rief der von der Opposition gebildete zivile Nationale Übergangsrat am 23. Oktober 2011 nach achtmonatigem Bürgerkrieg die „Befreiung Libyens von der Herrschaft Qaddafis“ aus. Das Ende des Qaddafi-Regimes bedeutete zugleich das Ende der libyschen Streitkräfte und der anderen, von Qaddafi etablierten Sicherheitsorgane.

Phase 2: Nach dem Machtwechsel

Tunesien: Anders als in Algerien oder Ägypten war das Militär in Tunesien seit der Unabhängigkeit weder mit der Politik noch der Wirtschaft eng verbunden gewesen. Unter Präsident Ben Ali setzte sich diese Trennung und Marginalisierung des Militärs fort, so dass auch nach dem Machtwechsel vom 14. Januar 2011 seine Führung keine politischen Funktionen übernahm. Wegen der Diskreditierung der unter Ben Ali repressiv agierenden polizeilichen Sicherheitsorgane, von denen etliche inzwischen aufgelöst und umstrukturiert wurden (Lutterbeck 2012), fällt dem Militär seither die Hauptlast bei der Herstellung der inneren Sicherheit zu. Dennoch hielt sich die Militärführung weiter im Hintergrund. Sie erklärte allerdings den Schutz der Bevölkerung und der Anliegen der „Revolution“ vom Januar 2011 – das Ende des Autokratismus und die Einleitung eines demokratischen Prozesses – zu ihren Hauptaufgaben. Die anhaltend schlechte innere Sicherheitslage und fortdauernde Proteste und Streiks, die wegen der politischen und religiösen Polarisierung der Gesellschaft vielfach in gewaltsame Konfrontationen münden, vereiteln die angestrebte Rückkehr des Militärs in die Kasernen. Vor allem die Verschärfung der Sicherheitslage im Grenzgebiet zu Algerien (Region Jebel Chaambi), das als Operationsgebiet bewaffneter Jihadisten gilt, macht dort seit Januar 2013 großangelegte Militäreinsätze notwendig. In

3 Vgl. *BBC Monitoring* (2011), Egyptian Army Spokesman Says Army Acknowledges „Legitimate“ Demands of People, 1. Februar 2011.

4 Vgl. *The Guardian* (2013), Egypt's Army Took Part in Torture and Killings During Revolution, Report Shows, 10. April 2013.

der Gesellschaft mehrten sich von Seiten nichtislamistisch eingestellter Akteure die Stimmen, die sich die politische Intervention der Armee als letztes Mittel im Kampf gegen den ihrer Ansicht nach zunehmenden islamistischen Autoritarismus wünschen. Der im April 2011 zum Oberbefehlshaber beförderte Generalstabschef Rachid Ammar stellte jedoch mehrfach klar, dass das Militär eine politisch neutrale Institution bleiben werde. Die Militärführung wünscht ausdrücklich, dass die noch in Diskussion befindliche neue Verfassung Tunesiens die Neutralität der Institution Militär festschreibt.⁵ Als Erklärung für diese Selbstbeschränkung in der neuen Ära wird die dem tunesischen Militär fehlende politische Erfahrung genannt.⁶ Ein wesentlicher Grund ist allerdings auch seine sehr schlechte materielle Ausrüstung. Die Armee ist derzeit schon im Kampf gegen bewaffnete islamistische Gruppen überfordert; einer bewaffneten Massenbewegung, wohl versorgt mit Waffen libyscher Provenienz, die nach einer Machtübernahme des Militärs zu erwarten wäre, wäre sie nicht gewachsen. Ein Bürgerkrieg wäre vorprogrammiert.

Ägypten: Im Unterschied zu Tunesien übernahm in Ägypten das Militär, das „Rückgrat“ des bisherigen Regimes (Bourrat 2012), nach dem Rücktritt Präsident Mubaraks am 11. Februar 2011 die oberste Staatsgewalt. Der 15-köpfige Höchste Militärrat (SCAF) unter der Führung des langjährigen Verteidigungsministers Feldmarschall Tantawi verfügte die Suspendierung der Verfassung, der beiden Parlamentskammern und – am 30. März 2011 – die Einführung einer provisorischen, vom SCAF entworfenen Übergangsverfassung. Der 1981 verhängte Notstand blieb weiterhin in Kraft. Der SCAF legte ferner den Fahrplan zur Gestaltung der Übergangsperiode bis zur Neuwahl des Parlaments und des Präsidenten fest und erließ Gesetze und Dekrete. 2011 war der SCAF zweifellos „the most powerful political actor in post-Mubarak Egypt“ (Albrecht und Bishara 2011: 23). Der SCAF wollte so wenig Eingriffe wie möglich in die bestehenden Strukturen und speziell in die zivilmilitärischen Beziehungen vornehmen (Sayigh 2012), so dass die Opposition von einem „Mubarak-System ohne Mubarak“ sprach und ihre Proteste fortsetzte, um weitere Reformen zu erstreiten. Erst daraufhin löste der SCAF am 16. April 2011 die ehemalige Regierungspartei NDP auf und entließ ehemalige

Mubarak-Getreue aus hohen Ämtern. Der SCAF organisierte zudem unter dem Druck der Protestbewegung Ende 2011 Parlamentswahlen, aus denen die islamistischen Parteien der Muslimbrüder und der Salafisten als Sieger hervorgingen. Nach der Präsidentschaftswahl, die im zweiten Wahlgang am 16./17. Juni 2012 der Kandidat der Muslimbrüder, Mohammed Mursi, mit knappem Vorsprung für sich entschied, gingen die machtpolitischen Auseinandersetzungen, nun zwischen SCAF und dem neu gewählten Präsidenten, weiter. So setzte Präsident Mursi nach seiner Amtsübernahme am 20. Juni 2012 den SCAF-Vorsitzenden Feldmarschall Tantawi als Verteidigungsminister ab und nahm weitere Umbesetzungen in den Ministerien vor, um die Machtbasis vor allem seiner Partei zunächst im zivilen Bereich zu stärken. Wegen Protesten der Opposition und auf Druck des SCAF musste Präsident Mursi sein Verfassungsdekret vom November 2012 allerdings wieder zurücknehmen, mit dem er seine exekutiven und gesetzgeberischen Kompetenzen ausweiten wollte. Die von islamistischen Parteien kontrollierte Verfassungskommission erarbeitete eine neue Verfassung, die im Dezember 2012 per Referendum mit 64 Prozent der abgegebenen Stimmen bei allerdings geringer Wahlbeteiligung angenommen wurde – zweifellos ein Erfolg für die Islamisten.

Andererseits sichert die Verfassung die Stellung des Militärs; sie entzieht das Militär als Einrichtung und seinen Haushalt der Kontrolle der zivilen Institutionen des Staates. Laut Verfassung ist der Verteidigungsminister, der aus den Reihen der Offiziere stammen muss, gleichzeitig Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Das Militär regelt interne Dispute selbst, die militärische Gerichtsbarkeit ist unabhängig und für alle Vergehen zuständig, die in Bezug zu den Streitkräften und ihren Angehörigen stehen. Mitglieder der Militärjustiz sind autonom und können nicht entlassen werden. Einschränkend zur Praxis unter Mubarak gilt aber auch, dass Zivilisten nur dann vor Militärgerichte gestellt werden können, wenn sie (durch Gesetz näher zu definierende) Akte begehen, die den Streitkräften schaden. Die neue Verfassung beschneidet zudem einige Sicherheitsaspekte betreffende Kompetenzen des Staatspräsidenten und stärkt im Gegenzug die Rechte des Parlaments, so z.B. hinsichtlich der Ausrufung des Notstandes, über die innerhalb von sieben Tagen das Parlament entscheiden muss, und in Bezug auf die Erklärung des Kriegszustandes, die von einem neu zu gründenden Nationa-

5 BBC Monitoring (2013), Tunisia Army Said Requesting Inclusion of Article on its Neutrality in Constitution, 30. März 2013.

6 Vgl. Gaaloul (2011).

len Sicherheitsrat⁷ und dem Parlament gemeinsam beschlossen werden muss. Dieses Machtteilungsarrangement zwischen SCAF und der islamistisch geprägten Staatsführung sichert die Selbstbestimmung der Institution Militär, ihre Wirtschaftsinteressen und ihren Einfluss auf die Außen- und Verteidigungspolitik. Die islamistische Staatsführung war 2012 noch so fragil, dass es für Präsident Mursi keine Alternative gab, als die Sonderrechte des Militärs in der neuen Verfassung festzuschreiben und mit ihm zusammen zu arbeiten, vor allem, weil das Militär weiterhin zur Sicherung der inneren Ordnung gebraucht wird.⁸ Präsident Mursi äußerte sich seither mehrfach positiv zur Rolle der Armee während und nach den Protesten, die 2011 zum Machtwechsel geführt hatten; gleichzeitig wünscht er sich, wie z.B. Anfang Mai 2013, ein Zugehen des Militärs auf die zunehmend stärker islamisch geprägte Gesellschaft und damit eine stärkere Befürwortung islamischer Werte.

Libyen: Nach dem Bürgerkrieg in Libyen und der Implosion der unter dem Qaddafi-Regime etablierten militärischen Strukturen übernahmen der bereits im März 2011 nach der „Befreiung Ostlibyens“ gegründete zivile Nationale Übergangsrat und die provisorische Regierung die Staatsführung. Revolutionäre Ordnungsmacht sind seitdem die landesweit über 500 Milizen mit jeweils bis zu 1.000 Kämpfern, jedoch nicht die noch im Aufbau befindliche neue Armee und Polizei. Mit der Wahl des Nationalkongresses im Juli 2012 endete die Arbeit des Übergangsrates. Der ausschließlich aus Zivilisten bestehende Nationalkongress bestimmte im November 2012 eine erstmals demokratisch legitimierte Regierung unter Premierminister Ali Zaidan, in der bis auf Verteidigungsminister al-Barghuthi keine ehemaligen Militärs mehr sitzen. Eine vordringliche Aufgabe der Regierung ist die Sicherung des staatlichen Gewaltmonopols und der Aufbau einer nationalen Sicherheitsarchitektur. Die Entwaffnung der überwiegend tribal gegliederten Milizen – darunter zahlreiche islamistisch geprägte –, erweist sich als extrem schwierig, weil sie numerisch stark und gut bewaffnet sind und ihre Demobilisierung an politische und materielle Forderungen knüpfen. Zudem kommt der Wiederaufbau der bewaffneten Streitkräfte wegen der zeitaufwändigen Offiziersausbildung nur sehr

langsam voran. Aber auch die langjährigen innerlibyschen Ost-West-Spannungen spielen eine destruktive Rolle (Gaub 2013: 18 f.): Weil der Kern der 2012 um 8.000 Mann starken neuen Armee überwiegend aus ostlibyschen Offizieren und Mannschaften besteht, die während des Bürgerkrieges aus der Armee zur Opposition übergelaufen waren, wird sie insbesondere von den westlibyschen Tripolitanern (zwei Dritteln der Bevölkerung) nicht als nationale Armee wahrgenommen. Die Eingliederung von Mitgliedern der Milizen in die Armee hat zwar begonnen, jedoch bestehen diese vielfach darauf, als ganze Einheiten integriert zu werden. Ungeklärt ist zudem die angestrebte personelle Stärke der Streitkräfte: Wie viele der über 100.000 Kämpfer, die sich für eine Verwendung im Sicherheitsbereich (Armee und Polizei) registrieren ließen, sollen und können überhaupt kurzfristig aufgenommen werden, und wie soll mit den nicht zur Waffenabgabe bereiten Milizen verfahren werden? Wie die zivilmilitärischen Beziehungen ausgestaltet werden sollen, wird sich erst im Rahmen der Ende 2013 beginnenden Verfassungsdebatte klären. Großmufti Al-Ghariani und der Generalstabschef der Streitkräfte, Yusuf al-Manqush, ließen im Februar 2013 verlauten, es sei eine Armee notwendig, deren Loyalität zuerst Gott und dann der Nation gelte. Manqush kündigte aber auch an, dass sich die Streitkräfte vollkommen unter die Kontrolle der zivilen politischen Autoritäten stellen und politische Neutralität wahren würden.⁹ Wohin der Kurs in der Praxis gehen wird, ist noch nicht entschieden.

Perspektiven der zivilmilitärischen Beziehungen

Weder in Ägypten noch in Libyen oder Tunesien ist die Phase des politischen Umbaus nach den Machtwechseln abgeschlossen, auch wenn Ägypten schon über eine neue Verfassung verfügt und somit die zivilmilitärischen Beziehungen verfassungsmäßig geregelt sind. In Libyen und Tunesien stehen die neuen Verfassungen und damit auch die Klärung der künftigen zivilmilitärischen Beziehungen noch aus. In allen drei Ländern werden die nächsten Parlamentswahlen über die Machtverteilung nach

7 Die Verfassung regelt die Zusammensetzung des National Defense Council, dem der Staatspräsident vorsitzt.

8 So im Januar 2013; vgl. *Middle East Online* (2013), *Brother's Appeal for Army's Help to Restore Order in Egypt*, 28. Januar 2013.

9 Vgl. *BBC Monitoring* (2013), *Libyan Army's Chief of Staff Office Announces Neutrality in Political Matters*, 9. Februar 2013; vgl. *BBC Monitoring* (2013), *Libya's New Army Loyal First to God Then Nation – Military Chief*, 17. Februar 2013.

dem Ende der Amtszeit der bisherigen Übergangsinstitutionen entscheiden. Die Praxis wird zeigen, wie tragfähig oder konfliktträchtig die jeweils getroffenen zivilmilitärischen Arrangements sein werden. Die Verteilung der Entscheidungsrechte zwischen zivilen und militärischen Akteuren findet dabei generell in „fünf Arenen“ statt: der politischen Rekrutierung (Auswahl des politischen Personals), der Staatstätigkeit, der inneren Sicherheit, der Landesverteidigung (äußere Sicherheit) und der Militärorganisation.¹⁰ Ihre künftige Gestaltung kann Aufschluss über die Veränderung geben, die die Institution Militär in den drei Transformationsstaaten durchläuft.

Ein Konflikt, der eine politische Neutralität des Militärs künftig erschweren könnte, zeichnet sich indes bereits heute ab: Wenn die islamistischen politischen und gesellschaftlichen Akteure, die eine Substituierung des bisherigen Autoritarismus relativ liberal-religiöser Orientierung durch einen religiös legitimierten, islamistischen Autoritarismus anstreben, die Polarisierung in der Gesellschaft weiter vorantreiben und mit ihren autokratischen Tendenzen die innergesellschaftlichen Proteste anheizen, so wird sich das Militär aus Eigeninteresse und aus „Staatsraison“ neu positionieren müssen und im Extremfall gezwungen sehen, ordnungsstiftend einzugreifen.

Problematisch für die innere Befriedung und Etablierung pluraler Systeme sind ferner die Bestrebungen islamistischer Staatsführungen und Regierungen, langfristig das Militär als Institution islamistisch zu prägen. In Ägypten wurde hierzu bereits ein erster Schritt unternommen: Seit 2013 sind erstmals Mitglieder der Muslimbruderschaft zur Militärakademie zugelassen.¹¹ Längerfristig könnte damit – seitenwechselnd – das Militär zur Stütze und zum Instrument einer islamistischen Ordnung werden und nicht mehr wie bislang „letztes Bollwerk gegen Islamisten“ (Daguzan 2013: 11) sein.

Literatur

- Albrecht, Holger, und Dina Bishara (2011), Back on Horseback: The Military and Political Transformation in Egypt, in: *Middle East Law and Governance*, 3, 13-23.
- Bourrat, Flavien (Hrsg.) (2012), La place et le rôle des armées dans le monde arabe contemporain, in: *Les Champs de Mars*, 23, 1-176.
- Bourrat, Flavien (2012a), L'armée algérienne: Un état dans l'état?, in: *Les Champs de Mars*, 23, 21-38.
- Brooks, Risa (1998), *Political-military Relations and Stability of Arab Regimes*, Adelphi Paper, 324, London: International Institute for Strategic Studies.
- Croissant, Aurel (2011), *Wer bewacht die Wächter? Das Militär in Zeiten des politischen Umbruchs*, online: <www.uni-heidelberg.de/presse/ruca/2011-3/03wer.html>.
- Daguzan, Jean-François (2013), *Armées et société dans le monde arabe: entre révolte et conservatisme*, Note 5, Paris: Fondation pour la Recherche Stratégique.
- Droz-Vincent, Philippe (2012), The Role of the Military in Arab Transitions, in: *IEMed Yearbook 2012*, Barcelona: IEMed, 136-140.
- Gaaloul, Badra (2011), *Back to the Barracks: The Tunisian Army Post-revolution*, Washington D.C.: Carnegie Endowment, 3. November 2011.
- Gaub, Florence (2013), The Libyan Armed Forces Between Coup-proofing and Repression, in: *The Journal of Strategic Studies*, 221-224.
- Lutterbeck, Derek (2013), Arab Uprisings, Armed Forces and Civil-military Relations, in: *Armed Forces and Society*, 39, 1, 28-52.
- Lutterbeck, Derek (2012), *After the Fall: Security Sector Reform in Post-Ben Ali Tunisia*, Amman: Arab Reform Initiative.
- Sayigh, Yezid (2012), *Above the State. The Officers' Republic in Egypt*, Carnegie Papers, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace.

¹⁰ Croissant, Aurel (2011).

¹¹ Vgl. *Asharq Al-Awsat* (2013), Egypt fears Ikhwanization of Military, 20. März 2013.

■ Der Autor

Dr. Hanspeter Mattes ist stellvertretender Direktor des GIGA Instituts für Nahost-Studien. Zu seinen Spezialgebieten der Forschung zählen die Innen- und Außenpolitik der nordafrikanischen Staaten, politische und wirtschaftliche Transformationsprozesse, Religionspolitik sowie Sicherheitsprobleme.

E-Mail: <hanspeter.mattes@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/mattes>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Innerhalb des GIGA-Forschungsschwerpunktes 2 „Gewalt und Sicherheit“ befasst sich vor allem das Forschungsteam 5 „Formen der Gewalt und öffentliche (Un-)Sicherheit“ mit einschlägigen Forschungsaspekten; 2012/2013 werden innerhalb des Forschungsprojektes „Public security and the transition to democracy“ (Kurtenbach/Mattes/Mähler) auch Veränderungen in den zivilmilitärischen Beziehungen und die Rolle des Militärs bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit untersucht.

■ Focus-Schwerpunktthema 2013

Innerhalb aller fünf GIGA-Foci-Reihen wird im ersten Halbjahr 2013 aus jeweils regionaler und globaler Sicht das Thema Militär und aktuelle Verschiebungen in den zivilmilitärischen Beziehungen im Kontext der nationalen Herausforderungen für die öffentliche Sicherheit behandelt.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Kurtenbach, Sabine, und Herbert Wulf (2012), *Violence and Security Concerns in Post-conflict Situations*, Project Working Paper, 3, Duisburg: INEF.

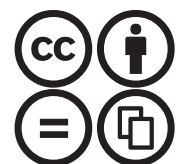
Mattes, Hanspeter (2012), *Domestic Security in the Maghreb: Deficits and Counter-measures*, Hamburg: GIGA Working Papers, 186, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Mattes, Hanspeter (2013), *Wachsende Sicherheitsprobleme in Tunesien, Ägypten und Libyen*, Wuqûf-Kurzanalysen, 23, Berlin: Edition Wuqûf.

Mattes, Hanspeter (2013), *Politische Transformation und Gewalt in Tunesien, Ägypten und Libyen seit 2011: ein Forschungsaufriß*, Hamburg: GIGA Working Papers, 219, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM